

Generationengerechtigkeit

Gefälligkeitspolitik zu Lasten kommender Generationen

Die Erde ist nur geborgt

In Bildung investieren statt Schulden auftürmen

Die Rente ist NICHT sicher!

Gefälligkeitspolitik zu Lasten kommender Generationen

Den Wohlstand, in dem wir heute leben, den haben die älteren Generationen geschaffen - das ist unbestritten. Doch heute hat man häufig das Gefühl, dass wir, die junge Generation, eigentlich lieber das Erbe verweigern würden. Denn das, was unsere Elterngeneration hinterlassen hat, sieht nicht überall so rosig aus: Wir sind die Leidtragenden, wenn die heutige Wirtschaftsweise uns zerstörte Landschaften, ausgebeutete Rohstofflager und ein aufgeheiztes Klima hinterlässt. Junge Arbeitnehmer zahlen immer höhere Beiträge in die Rentenversicherung, ohne sicher sein zu können, im Alter eine angemessene Rente dafür zu bekommen. Steigende Staatsschulden schränken unsere künftigen Gestaltungsmöglichkeiten ein, wenn Zins und Tilgung bald die größten Posten im Staatshaushalt sind. Ein großer Teil des Geldes, das der Staat ausgibt, geht immer noch in Kohlesubventionen statt in Zukunftsinvestitionen für Bildung und Forschung. Das geht zu Lasten von Arbeitsplätzen für die junge Generation. Mehr und mehr wird deutlich, dass die mittlere und ältere Generation den Jungen und den nachkommenden Generationen Hypotheken auf die Zukunft hinterlassen. Die heutigen Generationen haben viel zu häufig auf Kosten der kommenden gelebt. Politische Entscheidungen wurden vielfach nur mit Sicht auf die nächste Wahl getroffen. Die Interessen der jungen Generation wurden dabei nicht vertreten. Die politischen Entscheidungsträger unserer Elterngeneration betreiben eine Gefälligkeitspolitik, die Einschnitte in der Gegenwart vermeidet und Lasten auf die Zukunft verschiebt.

Mehr und mehr erkennt die junge Generation, dass wir heute umsteuern müssen, wenn wir morgen noch faire Lebensbedingungen wollen. Die älteren Generationen können und dürfen nicht länger auf Kosten der nachfolgenden leben. Deshalb wollen die Jungen Liberalen die Politik von heute ändern. Jetzt muss angepackt werden, um den kommenden Generationen faire Chancen zu bieten. Wir wollen eine mutige Reformpolitik!

Gefälligkeitspolitik zu Lasten kommender Generationen

Die Erde ist nur geborgt

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist zur Überlebensfrage geworden. Das drängendste Problem, der Klimaschutz, wird weiter vernachlässigt. Aus Angst vor dem Unmut der Autofahrer und vor einem Strukturwandel in der Wirtschaft wird auf einschneidende Maßnahmen verzichtet. Dabei bleiben die Folgen des Aufheizens der Erdatmosphäre unberücksichtigt. Je länger man aber mit einem Umsteuern wartet, desto einschneidender werden später die Maßnahmen sein müssen. Auch beim Waldsterben, beim Gewässerschutz und der Versiegelung des Bodens gibt es trotz Fortschritten längst keine Entwarnung.

Überall müssen wir später wieder reparieren, was heute kaputtgemacht wird - wenn das dann überhaupt noch geht. Wir brauchen eine grundlegende Veränderung unserer Politik. Umweltschutz muss integrativer Bestandteil der Wirtschaftspolitik werden und umgekehrt. Wir wollen nicht nur Umweltschäden beseitigen, sondern vor allem vorsorgen.

Wie viel kostet ein Liter Luft? Bisher nichts! Genau darin liegt der Fehler. Gesetzliche Gebote und Verbote reichen nicht aus. Solange die Umwelt keinen Preis hat, wird sie verschmutzt, verschwendet und zerstört. In der Ökologischen Marktwirtschaft bekommt die Umwelt einen Preis und wird erkennbar das, was sie ist: ein knappes Gut. Zahlen sollen die Nutzer von Rohstoffen und die Verursacher von Umweltschäden, nicht die Allgemeinheit und kommende Generationen.

Wir wollen eine ökologische Steuerreform. Die Kosten der Umweltverschmutzung werden dabei auf den Preis aufgeschlagen. Vor allem wollen wir eine CO₂-/Energiesteuer, damit wegen steigender Preise in Energiesparung investiert und so der Treibhauseffekt verringert wird. Im Gegenzug wollen wir dann die Lohn- und Einkommenssteuer senken. Wer natürliche Ressourcen verbraucht, soll bezahlen. Wer sich umweltverträglich verhält, soll entlastet werden.

Ein anderes Instrument sind Umweltzertifikate. Dabei werden von der Politik maximale Schadstoffmengen festgelegt, die wiederum in kleine Teile (Zertifikate) aufgeteilt werden. Diese Zertifikate werden dann versteigert, das bedeutet, dass der, der viel Natur und Rohstoffe verbraucht, auch viele Zertifikate kaufen muss. Auch damit steigen die Kosten für die Nutzung der Umwelt.

Das wollen wir. Und die FDP? Unser Programm der Ökologischen Marktwirtschaft haben wir in der FDP durchgesetzt. Als ersten Schritt zur ökologischen Steuerreform wird in Brüssel über eine höhere Mehrwertsteuer Energie verhandelt. Das hat die FDP in der Regierung bewirkt. Verantwortlich für die Umweltpolitik in der FDP ist übrigens Birgit Homburger - eine Abgeordnete aus den Reihen der Jungen Liberalen.

Gefälligkeitspolitik zu Lasten kommender Generationen

In Bildung investieren statt Schulden auftürmen

Die ständig steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte belastet die kommenden Generationen. Wir zahlen Zinsen und Tilgung. Unser künftiger finanzieller Gestaltungsspielraum schrumpft dadurch. Wir akzeptieren nicht, dass die ältere Generation unsere künftigen Wachstumschancen für kurzfristigen Konsum verfrühstückt. Es muss endlich gespart werden. Um Freiräume in den öffentlichen Haushalten zu schaffen, muss die Staatstätigkeit kompromisslos überprüft werden. Die Staatsquote, das heißt der Anteil, den der Staat von der Wirtschaftsleistung beansprucht, muss deutlich sinken. Heute kassiert der Staat jede zweite Mark, die verdient wird. Nicht alles, was der Staat heute macht, ist auch seine Aufgabe. Wir wollen Staatsausgaben einsparen, indem wir Aufgaben privatisieren und dem Bürger mehr Eigenverantwortung zurückgeben. Nicht wer Aufgaben privatisieren will, braucht eine Begründung, sondern der, der es nicht tun will.

Trotz der desolaten Lage der Staatsfinanzen werden noch immer Strukturen durch Subventionen am Leben gehalten, die eindeutig keine sicheren Arbeitsplätze für die junge Generation schaffen. Milliarden werden immer noch in den sterbenden Steinkohlebergbau gepumpt, statt in die Zukunft investiert. Aus vorübergehenden Hilfen werden regelmäßig Dauersubventionen. Sie verzerren nicht nur den Wettbewerb auf dem jeweiligen Markt, sie behindern auch die wirtschaftliche Entwicklung in den nicht-subventionierten Branchen. Denn die Subventionen werden ja aus deren Steuern bezahlt. Wir JuLis wollen deshalb Erhaltungssubventionen streichen.

Mit dem dann frei werdenden Geld wollen wir zum einen die Verschuldung senken, zum anderen in Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung investieren. Wir müssen Schulen und Hochschulen fördern, denn Köpfe sind unser Kapital. Das wollen wir. Und die FDP? Gegen viele Widerstände hat die FDP im Interesse der jungen Generation durchgesetzt, dass die Steinkohlesubventionen stufenweise gesenkt werden. Zwar nicht auf Null, aber immerhin. Dafür wurde die liberale Parteizentrale belagert und beschädigt. Aber wir sind standhaft geblieben.

Die Rente ist NICHT sicher!

Umlageverfahren wird unser System der staatlichen Rentenversicherung genannt. Die Renten der Alten werden mit den laufenden Beiträgen der Jungen finanziert. Private Rentenversicherungen arbeiten dagegen nach dem System der Kapitaldeckung: jede Generation zahlt für ihre spätere Rente ein. Die bisherige Pflichtversicherung im Umlageverfahren funktionierte über Jahre so gut, weil die Zahl der Arbeitnehmer stärker wuchs als

Gefälligkeitspolitik zu Lasten kommender Generationen

die Zahl der Rentner. Die zunehmende Lebenserwartung und die abnehmende Kinderzahl führen aber zu einem Umkippen der Alterspyramide. Damit gerät das staatliche Rentensystem ins Wanken.

Die bisherige Rentenformel bewirkt Rentenstabilität, ohne Rücksicht auf Beitragsstabilität. Ohne Reformen werden die Beitragssätze weiter steigen. Die Lohnzusatzkosten gefährden Arbeitsplätze, und die junge Generation wird geschöpft. Wahrscheinlich wird unsere Generation später weniger an Rente bekommen, als sie an das System gezahlt hat. Gegen 2030 werden die Beiträge so hoch, dass entweder die dann junge Generation überlastet ist oder die Renten unserer Generation abrupt gekürzt werden. Der Generationenvertrag wird zum Generationenbetrug! Die Jungen Liberalen haben diese Entwicklung erkannt. Wir wollen das System der umlagefinanzierten Rentenversicherung zurückführen, um kommende Generationen zu entlasten und private Vorsorge zu ermöglichen. Niedrigere Beitragssätze sind nur durch eine Absenkung des Rentenniveaus dauerhaft zu erreichen. Die Beitragszahler müssen daher ihre Entlastung zur privaten Vorsorge im System der Kapitaldeckung nutzen.

Endziel eines Reformprozesses sollte eine private Alterssicherung im Verfahren der Kapitaldeckung sein, in dem jeder Bürger zu einer Mindestvorsorge verpflichtet ist. Ein solches System wäre unabhängiger von der Bevölkerungsentwicklung, da jede Generation in ihm ihren Kapitalstock ansparen könnte. Wegen der bestehenden Rentenansprüche unserer Eltern- und Großelterngeneration kann die Umstellung nur schrittweise erfolgen. Die Reduzierung des Rentenniveaus muss aber so bald wie möglich beginnen, um eine gerechte Verteilung der Erblasten des bisherigen Umlageverfahrens auf alle Generationen zu gewährleisten. Das ist unser Konzept. Und die FDP? Die FDP hat gegen den Widerstand von SPD und Teilen der CDU/CSU durchgesetzt, dass eine Rentenreform beginnt. Das Rentenniveau wird schrittweise auf 64 % gesenkt. Das wird wohl nicht reichen, aber es ist ein erster Schritt.